

# Aus der Krise lernen

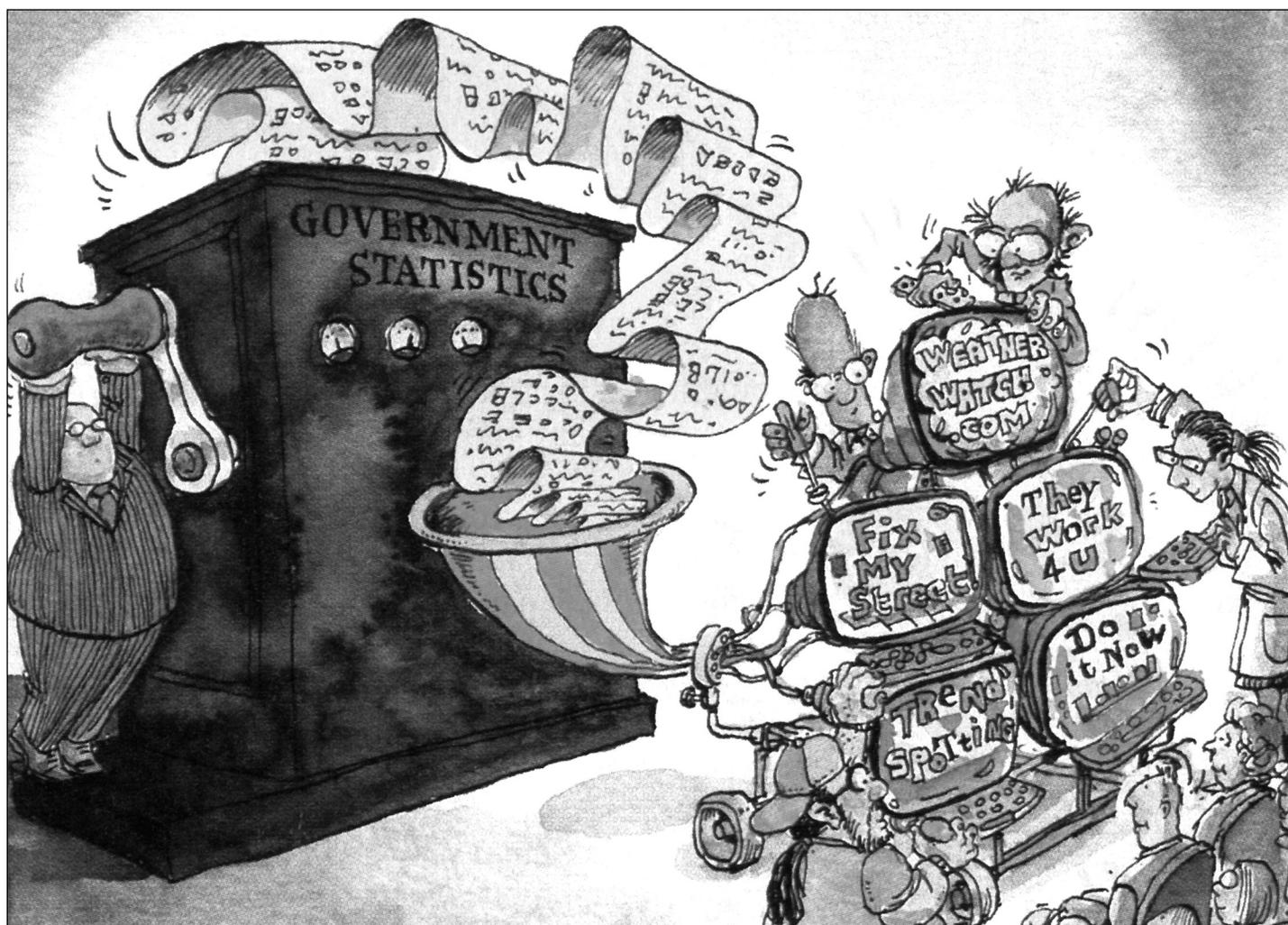
Anmerkungen zur gewerkschaftlichen Strategiedebatte

von | Frank Deppe

Strategiedebatten in den Gewerkschaften (auch in den politischen Organisationen der Linken) werden von den Pragmatikern und Machtexperten gelegentlich als »Spielwiesen« für Intellektuelle oder »Theoretiker« bezeichnet. Ihr Feld sind die »Organisationsreformen«, bei denen es um die »Effizienz« des Apparats, aber vor allem um politischen Einfluss geht. Das Bedürfnis, Strategiedebatten zu eröffnen, speist sich allerdings in der Regel aus der realen Erfahrung, dass die hergebrachten Politikkonzepte und programmatischen Orientierungen – aufgrund eines tiefgreifenden Wandels der Gesellschaft und der Politik, aber auch der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen – problematisch geworden sind. Mit anderen Worten:

»überlieferte Handlungsmuster und Alltagsroutinen stoßen an Grenzen« und erfordern die Entwicklung »innovativer Praktiken« (Brinkmann/Nachtwey 2010: 27). Es geht dabei nicht allein um eine Standortbestimmung und die daraus gewonnenen Schlussfolgerungen für das eigene Handeln. Zugleich sollte ein Raum der Kommunikation in der Organisation eröffnet werden. Darin muss sich das Unbehagen über den Wider-

*Frank Deppe ist Professor em. für Politikwissenschaften an der Philipps-Universität Marburg. Im Oktober erscheint von ihm bei VSA der Abschlussband des vierbändigen Werkes »Politisches Denken im 20. Jahrhundert«: »Politisches Denken im Übergang ins 21. Jahrhundert. Rückfall in die Barbarei oder Geburt einer neuen Weltordnung?«*



spruch zwischen der Überforderung in der gewerkschaftlichen Tagesarbeit auf der einen und den enger werdenden Grenzen für eine erfolgreiche Interessenvertretung auf der

anderen Seite artikulieren. Dieses Unbehagen begründet sich durch die zahlreichen Niederlagen in den vergangenen Jahrzehnten (für die DGB-Gewerkschaften nach dem Kampf um den Einstieg in die 35-Stunden-Woche im Jahr 1984).

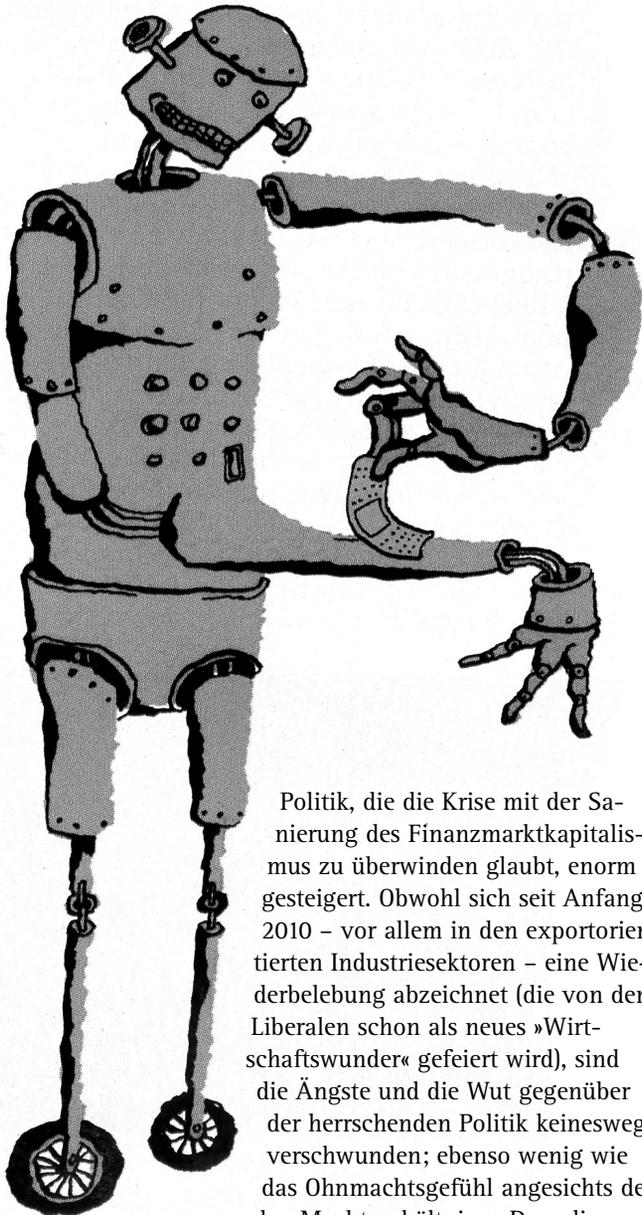
Andererseits gibt es nach wie vor Sektoren und Branchen (nicht nur der Metall- und Elektroindustrie), in denen Gewerkschaften und ihre Betriebsräte über starke organisatorische und politische Machtpositionen verfügen. In der Krise nach 2008 wurde die Sicherung von Arbeitsplätzen durchaus als Ausdruck dieser strukturellen Organisationsmacht empfunden. Inzwischen erweist sich diese Politik auch als Vorteil für die Unternehmen, die mit dem Anziehen der Nachfrage (vor allem aus den BRIC-Staaten) gleichsam »aus dem Stand« durchstarten können. Die bewussten KollegInnen wissen jedoch auch um die Veränderungen der vergangenen Jahre: die unzähligen Betriebsschließungen, Verlagerungen und Outsourcingprozesse (darunter viele »Kampfbetriebe«), die Zugeständnisse im Rahmen des »Co-Managements«, die Intensivierung der Arbeit, die zunehmend prekäre Zusammensetzung der Belegschaften. Der Glaube an die Garantie eines sicheren Arbeitsplatzes ist – trotz Standortsicherungstarifverträgen – bis in den Kern der Facharbeiter erschüttert. Und dort, wo der Druck der Prekarisierung (auf der Basis eines hohen Organisationsgrades) in Grenzen blieb, registrieren die KollegInnen sehr genau die Schwächen der Gewerkschaften außerhalb des Werkgeländes. Im Arbeitgeberlager weiß man nur zu gut, dass die DGB-Gewerkschaften in den vergangenen zwei Jahrzehnten ca. ein Drittel ihrer Mitglieder verloren haben.<sup>1</sup> In diesem Zusammenhang ist schließlich nicht unwichtig, dass der DGB in seiner potenziellen gesellschaftspolitischen Führungsrolle systematisch demontiert worden ist (Fehrmann 2009).

Die Einzelgewerkschaften haben darauf mit Fusions- und Reorganisationsprozessen reagiert, die oftmals aus finanzieller Not geboren waren und im Ergebnis – etwa bei ver.di – nicht immer die erhofften »Synergieeffekte«, sondern eher eine »neue Unübersichtlichkeit«, auch wechselseitige Blockaden in der Organisation (»Matrix«) geschaffen haben. Kleine Gewerkschaften kämpfen nach wie vor ums Überleben. Die Mitgliederverluste haben insbesondere die finanziellen Ressourcen ausgetrocknet und deshalb wiederholt Maßnahmen zur »Verschlankung« des Apparats notwendig werden lassen. Die Beschäftigung der Organisation mit sich selbst erzeugt nicht nur negative oder gar depressive Einstellungen bei den Funktionären, sondern führt auch dazu, dass die eigentliche Arbeit der Interessenvertretung – neben der Tarifpolitik die Betriebsbetreuung (in der Fläche), die Rechtsberatung, die Bildung und Schulung der ehrenamtlichen Funktionäre sowie der Mitglieder – Schaden nimmt. Angesichts dieser Erfahrung hat in den meisten Gewerkschaften längst eine »Organizing-Debatte« begonnen (Hälker/Vellay 2006; Bremme u.a. 2007; Brinkmann u.a. 2008). Dabei geraten verschiedene Auffassungen von »Organizing« miteinander in Konflikt: auf der einen Seite ein

technokratisches, organisationspolitisches Konzept der Mitgliederwerbung; auf der anderen Seite das Konzept, Mitglieder über »Bewegung«, d.h. über Kämpfe und Kampagnen in Bereichen zu erschließen, die durch die Politik des Unternehmens oder durch die Schwäche der Gewerkschaften als »betriebsrats-, tarifvertrags- und gewerkschaftsfreie Zonen« gelten.

Seit den 1980er Jahren hat der Zwang zur Anpassung an den Epochenbruch (globale Deregulierung und Standortkonkurrenz, Durchsetzung eines finanzgetriebenen Akkumulationsregimes, Privatisierungswellen, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, strukturelle Massenarbeitslosigkeit und Prekarisierung; auf der politischen Bühne: Sieg des Neoliberalismus, Zusammenbruch des »Realsozialismus«, »Modernisierung« der Sozialdemokratie, deutsche Einigung usw.; vgl. Deppe 2010: 76ff.) zugenommen und jene Kräfte in den Gewerkschaften gestärkt, die der Politik der Sozialpartnerschaft mit Begriffen wie »Co-Management« oder »Wettbewerbskorporatismus« – verbunden mit einer Aufwertung der Rolle der Gesamtbetriebsrats-Vorsitzenden – neue Bezeichnungen verliehen haben. Dabei wurden die Instrumente der Flächentarifvertragspolitik, in der die gesellschaftlichen Verteilungsverhältnisse im Fokus sind, durch eine Politik des »Concession Bargaining« (Tausch von Lohnverzicht gegen Beschäftigungssicherungen) weiter geschwächt. Die Entpolitisierung – vor allem auch im Bereich der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit – war eine Folge dieser Entwicklung, die allerdings auch davon profitieren konnte, dass die konservativ-liberale Regierung von Helmut Kohl (1983 bis 1998) die institutionelle Struktur der industriellen Beziehungen (Betriebsverfassungsgesetz, Mitbestimmung, Arbeitsrecht) und die Grundstruktur des deutschen Sozialstaates (der freilich seit den 1980er Jahren immer wieder in seinen Leistungen eingeschränkt wurde) nicht frontal angriff. Das konnte auch als Ausdruck einer Machtposition der deutschen Gewerkschaften interpretiert werden. Allerdings darf die Ambivalenz dieser Anerkennung nicht übersehen werden: Sie schließt die Erwartung ein, dass die Führungen der Gewerkschaften sich (zumal im Prozess des Anschlusses der DDR) für den »sozialen Frieden« und die Integration der Arbeiterklasse in die herrschende Ordnung einsetzten. Erst die sozialdemokratisch geführte Regierung von Gerhard Schröder sollte vor allem mit der Agenda 2010 einen Keil zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften treiben, der den Gewerkschaftern zugleich eine weitere Schwächung ihrer Machtposition im politischen System vor Augen führte. Die Wiederannäherung an die Sozialdemokratie des Sigmar Gabriel sollte sich nicht darüber täuschen lassen, dass diese noch längst keinen Kurswechsel (der eine harte Selbstkritik an der Schröder-Politik beinhalten müsste) vollzogen hat, sondern vorerst einmal darauf hofft, Gewerkschaftsmitglieder als Wähler zurückzugewinnen. Dass die Sozialdemokratie wieder auf die Gewerkschaften zugeht, kann auch als Beweis dafür gelten, dass die Politik der Autonomie (die die Konfrontation mit der Schröder-Regierung einschloss) richtig gewesen ist!

Die große Krise seit 2008 hat nicht nur die Phrasen der Marktradikalen entwertet, sondern auch die soziale Unsicherheit, die Angst der Menschen vor dem sozialen Absturz, die Wut über die zunehmende soziale Ungerechtigkeit und eine



Karikatur: Economist

Politik, die die Krise mit der Sanierung des Finanzmarktkapitalismus zu überwinden glaubt, enorm gesteigert. Obwohl sich seit Anfang 2010 – vor allem in den exportorientierten Industriesektoren – eine Wiederbelebung abzeichnet (die von den Liberalen schon als neues »Wirtschaftswunder« gefeiert wird), sind die Ängste und die Wut gegenüber der herrschenden Politik keineswegs verschwunden; ebenso wenig wie das Ohnmachtsgefühl angesichts der realen Machtverhältnisse. Dass dies politisch auch nach rechts gewendet wird,<sup>2</sup> zeigen

jüngste Wahlen. Es erfordert keine politische Phantasie, um zu erkennen, dass in zentralen Zukunftsfragen große Energie- und Pharmakonzerne ebenso wie die Finanzinstitute direkt auf Regierungsentscheidungen durchgreifen (Pink/Bode 2010) – ermöglicht u.a. dadurch, dass die Gegenkräfte, die die Kritik am Kapitalismus artikulieren und zum Widerstand gegen diese Machtverhältnisse (im Betrieb wie in der Gesellschaft und der Politik) mobilisieren könnten, substantiell geschwächt sind. In der deutschen Debatte<sup>3</sup> wird immer vornehm darüber hinweggesehen, dass nicht nur der Neoliberalismus, sondern auch das Krisenmanagement darauf angelegt ist, die Macht der im Kapitalismus herrschenden Klasse (vor allem der Fraktion des Finanzkapitals) zu stärken und die Macht der Arbeiterklasse – in den Betrieben, auf dem Arbeitsmarkt, in der Politik usw. – zu schwächen.<sup>4</sup> Insofern kann das Krisenmanagement seit 2008 als Ausdruck und Resultat jener gewaltigen Veränderungen der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit (seit den

1980er Jahren) begriffen werden, deren Analyse den Ausgangs- bzw. Referenzpunkt einer jeden Strategiedebatte zu bilden hat.

Allerdings können sich die Gewerkschaften im relativen Erfolg des Krisenmanagements auch bestätigt sehen – nicht allein dadurch, dass der Staat mit seinen Konjunkturprogrammen eine wichtige Funktion im Kampf gegen die Krise ausübte. Auch die Kurzarbeiterregelung beweist, dass eine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik möglich ist, die nicht den Interessen der Finanzmärkte, sondern den Interessen der abhängig Beschäftigten folgt. Die Anerkennung, die den Gewerkschaften – z.B. durch die Bundeskanzlerin und durch die Medien – zuteil wurde, beruhte jedoch überwiegend darauf, dass die Gewerkschaften ihre Lohnforderungen zurückstellten, auf Streiks und auf politische Mobilisierung gegen die Politik im Interesse des Finanzmarktkapitalismus verzichteten und die Betriebsräte sich – zusammen mit den Betriebsleitungen – für die Rettung ihrer Betriebe engagierte. Der kurzfristige Erfolg darf gewiss nicht heruntergespielt werden. Dennoch wird in einer Strategiedebatte nicht zu verschweigen sein, dass die Sanierung (und Stärkung) des Finanzmarktkapitalismus nicht nur die makroökonomischen und machtpolitischen Trends der Vergangenheit fortsetzt, sondern dass sich damit auch neue Krisen vorbereiten, die nicht nur die Finanzmärkte betreffen, sondern auch den Vorteil der deutschen Wirtschaft, ihre starke Exportposition im verarbeitenden Gewerbe, sehr schnell in ein krisenverschärfendes Element verwandeln können.

Viele KollegInnen, die über ihre Erfahrungen von Defensive und Machtverlust sprechen, beklagen zugleich ein Führungs- und Orientierungsdefizit in der eigenen Organisation. Dabei handelt es sich keineswegs um jenes traditionelle Verständnis von Führung, das auf gleichsam »blinden Gehorsam« angelegt war. Vielmehr erwarten diese z.T. aktivsten Kräfte in der Organisation mehr Orientierung und Information in dieser scheinbar unübersichtlichen geschichtlichen Konstellation – und genau dazu sollte und könnte eine Strategiedebatte, die nicht nur in kleinen Zirkeln geführt wird, beitragen!

<sup>1</sup> DGB-Gewerkschaften insgesamt: von ca. 9,7 Mio. (1994) auf 6,3 Mio. (2009); die drei Gewerkschaften, die 2010 in der IG Metall mit 2,3 Mio. Mitgliedern zusammengeschlossen sind, hatten 1994 3,4 Mio. Mitglieder (minus 1,2 Mio.); die fünf Gewerkschaften (einschließlich DAG), die sich zu ver.di (2010: 2,2 Mio. Mitglieder) zusammengeschlossen, hatten 1994 3,7 Mio. Mitglieder (minus 1,5 Mio.).

<sup>2</sup> Die Wahlerfolge der Partei »Die Linke« in Deutschland sind im internationalen Vergleich eher singulär. In fast allen Staaten der EU (aber auch derzeit in den USA: Tea-Party-Bewegung) triumphieren Rechtspopulisten, die sich diese Unzufriedenheit zunutze machen, wie zuletzt in Schweden.

<sup>3</sup> Ganz anders in der angelsächsischen Debatte, vgl. z.B. die Schriften von David Harvey, zuletzt 2010, sowie von Greg Albo, Sam Gindin und Leo Panitch 2010.

<sup>4</sup> Zur Relevanz des »Machtressourcenansatzes« für die Gewerkschaftsanalyse vgl. Urban 2010.

## Exkurs: »Von Otto Brenner lernen«

Otto Brenner war von 1952 an zunächst zweiter, ab 1956 bis zu seinem Tode im Jahr 1972 erster Vorsitzender der IG Metall (Becker/Jentsch 2007). Er verstand sich als Sozialist (der sich vor 1933 der SAP angeschlossen hatte) und rechnete sich zum linken Flügel der Sozialdemokratie. Er bezeichnete (im Interview mit Günther Gaus) den Marxismus als eine unverzichtbare Methode zur Analyse der Geschichte wie zum Begriff der kapitalistischen Wirtschaft

### Forum Gewerkschaften Strategiediskussion

und Gesellschaft. Er wollte die IG Metall als eine kampfstärke Organisation erhalten und weiterentwickeln, die nicht nur auf dem Gebiet der Lohnentwicklung und der Arbeitszeit erfolgreich agiert, sondern auch im Kampf um eine fortschrittliche Sozialpolitik sowie um die Erweiterung der Wirtschaftsdemokratie – aber auch bei der Abwehr von Anschlägen auf die Rechte der Lohnabhängigen wie auf die Demokratie insgesamt (Notstandsgesetze) – ihre politische Kraft in die Waagschale werfen konnte. Brenner sah wohl die Fortschritte, die die Gewerkschaften – meist im Kampf – erreicht hatten. Aber er machte sich keine Illusionen über den Klassencharakter und die Krisentendenzen einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die sich mit Bezeichnungen wie »soziale Marktwirtschaft« bzw. »nivellierte Mittelstandsgesellschaft« schmückte. Skeptisch verfolgte er den Integrationskurs der SPD seit den späten 1950er Jahren. Strategische Reflexion verstand er als Vermittlung von Analyse der sozialökonomischen Entwicklung und der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit auf der einen und der konkreten Praxis gewerkschaftlicher Interessenvertretung auf der anderen Seite.

Diese Fähigkeit soll anhand von drei Beispielen bzw. Konskellationen verdeutlicht werden:

- Auf dem DGB-Kongress im Jahr 1956 hielt Otto Brenner ein Grundsatzreferat zum Aktionsprogramm des DGB. Ausgangspunkt war seine Überlegung, dass die Gewerkschaften in der Auseinandersetzung um die Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft nach 1945 bis Mitte der 1950er Jahre eine Niederlage erlitten und die restaurativen Kräfte gesiegt hatten. Seine Erläuterungen zum Aktionsprogramm, das nunmehr die klassischen gewerkschaftlichen Ziele (Lohnhöhungen, Arbeitszeitverkürzung, Lohnfortzahlung, Rentenpolitik) in den Vordergrund rückte und der IG Metall zugleich die Rolle einer »Lokomotive« in diesen Auseinandersetzungen zuwies, konzentrierte sich auf den zentralen Gedanken, dass nunmehr Forderungen vertreten werden müssen, die an die unmittelbaren Interessen der Lohnabhängigen anknüpfen, die realisierbar sind, um so – wie er sagte – »aus der Defensive, aus der Erstarrung herauszukommen« (zit. n. Deppe u.a. 1989: 525). Der Streik um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall folgte dieser Strategie ebenso wie die »aktive Lohnpolitik« und die schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit.
- In der ersten Hälfte der 1960er Jahre wurde allenthalben der Höhepunkt des so genannten »Wirtschaftswunders« – verbunden mit dem Glauben an dauerhaftes Wachstum,

Vollbeschäftigung und Reallohnsteigerungen – registriert. Die SPD hatte sich mit Godesberg endgültig aus der Tradition der klassenbewussten Arbeiterbewegung verabschiedet. Die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften stagnierten (vor allem unter der Jugend). Die Streiktätigkeit ging zurück. In den Sozialwissenschaften wurde das Ende der Klassengesellschaft, der Aufstieg der Arbeiter zum »Wirtschaftsbürger«, der Sieg der Sozialpartnerschaft usw. beschworen. In den Gewerkschaften reflektierte sich diese Entwicklung im Erstarken der sozialpartnerschaftlichen – auf die SPD nach Godesberg orientierten – Kräfte, deren Wortführer der Vorsitzende der IG Bau, Steine, Erden, Georg Leber, war. Otto Brenner war nicht nur der strategisch-politische Antipode von Leber (z.B. in der Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze) im DGB, sondern er unterstützte im Vorstand der IG Metall eine Neuorientierung der Bildungspolitik, wie sie von Heinz Dürrbeck und (am Anfang) von Hans Matthöfer (in Zusammenarbeit mit jungen Intellektuellen aus dem SDS) betrieben wurde. Diese war letztlich von dem Gedanken getragen, dass die (zentrale wie die betriebliche) Bildungspolitik einen Beitrag zur Erhaltung und Entwicklung des Klassenbewusstseins (u.a. Begründung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung aus dem Gegensatz von Kapital und Arbeit) vor allem der Betriebsräte und Vertrauensleute zu leisten habe; denn davon leite sich in letzter Instanz die Kampf- und damit die Durchsetzungsfähigkeit der IG Metall ab.<sup>5</sup> Erhebliche Teile des Vorstands, ja des ganzen Funktionärskörpers der IG Metall, dürften in den 1970er Jahren durch das Bildungszentrum Sprockhövel und andere Schulen der IG Metall »sozialisiert« worden sein. D.h.: In den 1970er Jahren wurden gleichsam die Früchte dieser Anstrengungen geerntet, die oftmals in der Organisation hart umstritten waren; denn die Advokaten des »Kerngeschäfts« (die zugleich ihre politischen Anliegen durch die SPD gewahrt sahen) verfolgten solche Entwicklungen stets mit Argwohn.

- Schließlich wird Otto Brenner bis heute dafür gewürdigt, dass sich die IG Metall unter seiner Führung frühzeitig für Veränderungen in der Struktur der kapitalistischen Produktionsweise (»Automationskonferenzen«) sowie für neue Politikfelder (»Umweltpolitik«) öffnete, ohne dabei das »Kerngeschäft« zu vernachlässigen. Dabei entwickelte sie eine enorme intellektuelle Ausstrahlungskraft, ohne die der Kampf um hegemoniale Positionen in der Gesellschaft, der Politik, aber auch in der Kultur niemals gewonnen werden kann. Nur einmal noch – im Vorfeld der Auseinandersetzungen um die Wochenarbeitszeitverkürzung Anfang der 1980er Jahre – vermochte die IG Metall an dieses Niveau der Vermittlung von kritischer Analyse und Praxis anzuschließen, als es darum ging, erste Erkenntnisse über die sozialen Folgen der neuen Technologien und den Strukturwandel des Kapitalismus in den 1970er Jahren (und die damit verbundene neue Erscheinung der Massenarbeitslosigkeit) mit der Tarifpolitik zu verbinden.

## Berthold Huber: »Kurswechsel für Deutschland«

Der erste Vorsitzende der IG Metall hat mit seinem Buch »Kurswechsel für Deutschland. Die Lehren aus der Krise« (2010) die Initiative für eine grundlegende gesellschaftspolitische Reformdebatte ergriffen. Wie schon der Titel nahelegt, geht Huber davon aus, dass in den letzten Jahren (also schon lange vor der Krise nach 2008) eine falsche Weichenstellung zugunsten eines »marktradikalen Kapitalismus« (22) erfolgte. Diese »Art von Kapitalismus, der sich zwar Soziale Marktwirtschaft nennt, aber zwangsläufig in deren Zerstörung mündet, hat auch in Deutschland eine Kaste hervorgebracht, für die Gier, Egoismus und Verantwortungslosigkeit Tugenden sind« (19). Das »Weltbild« vom »reinen Markt« liegt nun – so die Zeitdiagnose – in »Scherben und versagende Eliten haben unsere Gesellschaft in eine tiefe Krise gestürzt«. Deshalb muss man genau, d.h. glasklar »analysieren, warum es zu dieser Krise kam, wer was falsch entschieden hat, was hilft, aus ihr herauszukommen, und – vor allem – wie solche Krisen künftig zu vermeiden sind« (13). Dabei geht es um »grundlegende Alternativen« (21), denn die »Zukunft (liegt) weitgehend im Gegenteil des Heutigen« (79). Die Gesellschaft soll mit einem »Modell« brechen, das »nach folgendem Prinzip funktioniert: Soziale Ungleichheit, Konkurrenz und Gewinnstreben sind die drei Triebfedern, welche die kapitalistische Wirtschaft im Kampf um Wachstum und Wohlstand in Gang halten und die Menschen zum Funktionieren bringen« (43). Dabei hat sich

die Politik – auch die Regierungen, an denen Sozialdemokraten beteiligt waren (25f.) – als »Untertan der Wirtschaft« verhalten. Zwei Jahrzehnte lang kannten Regierung und Unternehmer »nur eine Richtung: Die Löhne und Sozialleistungen müssen sinken, die Steuern der Wohlhabenden, Reichen und großen Unternehmen auch ...« (34). Soziale Ungleichheit, zunehmende Armut, Prekarität, der Verfall des Bildungswesens usw. waren die Folge (34f.). Der »rheinisch-sozialstaatliche Kapitalismus« des Golden Age wurde kaputt gemacht (36). Dabei wurde auch das Vertrauen in die Institutionen der Demokratie zerstört.

Die Krise nach 2008 widerlegt die herrschenden Ideologien und erhöht die soziale Unsicherheit bei den Arbeitnehmern. Erstaunlicherweise unterbleibt jedoch eine wirkliche Analyse der Krise ebenso wie eine politökonomische Analyse des Übergangs vom »Fordismus« zum »Finanzmarktkapitalismus«. Auch eine Analyse des »Neoliberalismus«, die diesen

<sup>5</sup> In der von Werner Abelschauer verfassten Biographie über Hans Matthöfer (2009: 130ff.) und in der Dissertation von Stefan Müller über Heinz Dürrbeck (2010: 249ff.) wird sehr deutlich herausgearbeitet, wie sich in den Konzeptionen der Bildungsarbeit Analysen der gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse, Überlegungen zur Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationskraft und Handlungsfähigkeit, aber auch strategische Reflexionen von Sozialisten verbanden, die angesichts des Zustandes der politischen Arbeiterbewegung der Zeit die Gewerkschaften auch als Ort der Bildung eines kapitalismuskritischen, politischen Bewusstseins begriffen.

Forum  
Gewerkschaften  
Strategiediskussion

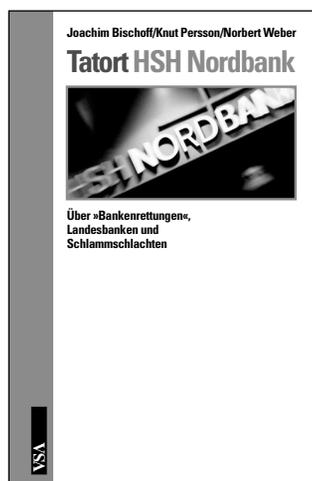
## VSA: Aktuell erschienen! Das komplette Programm im Netz!



Frank Deppe  
**Politisches Denken im Übergang ins 21. Jahrhundert**  
Rückfall in die Barbarei oder Geburt einer neuen Weltordnung? Politisches Denken im 20. Jahrhundert, Band 4  
332 Seiten; € 24.80;  
ISBN 978-3-89965-402-8



Achim Bühl  
**Islamfeindlichkeit in Deutschland**  
Ursprünge | Akteure | Stereotypen  
320 Seiten; € 22.80  
ISBN 978-3-89965-444-8  
Über die Ursprünge von Islamfeindlichkeit und die Akteure und Stereotypen des aktuellen Diskurses.



J. Bischoff/K. Persson/N. Weber  
**Tatort HSH Nordbank**  
Über »Bankenrettungen«, Landesbanken und Schlammschlachten  
176 Seiten; € 14.80  
ISBN 978-3-89965-445-5  
Skandalhintergründe, die Rolle der Landesbanken und mögliche Alternativen.



Atilio Boron  
**Den Sozialismus neu denken**  
Gibt es ein Leben nach dem Neoliberalismus?  
120 Seiten; € 12.80  
ISBN 978-3-89965-423-3  
Der Sozialismus im 21. Jahrhundert aus lateinamerikanischer Perspektive.

Im Buchhandel oder direkt bei: VSA-Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg,  
Tel. 040/28095277-0, Fax 28095277-50, info@vsa-verlag.de

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

nicht nur als eine falsche und moralisch verwerfliche Ideologie, sondern als eine Herrschaftskonstellation begreift, sucht man vergebens. Solche Analysen sind jedoch unab-

dingbar, um die inneren Triebkräfte und die strukturellen Veränderungen im Kapitalismus zu begreifen. Die Krisen sind nun einmal nicht die Folge subjektiver Entgleisung (»Gier«) bzw. von politischen Fehlentscheidungen, sondern Folge bzw. Begleiterscheinungen der Durchsetzung des globalen Finanzmarktkapitalismus, der optimale Bedingungen für die Anlage und Vermehrung des monetären Surplus auf den internationalen Finanzmärkten braucht und zugleich die inneren Barrieren für die Profitsteigerung beseitigen will – und dazu gehören nicht nur starke Gewerkschaften, sondern auch der gesamte Komplex der sozialstaatlichen Regelungen und der Sektor öffentlicher Daseinsvorsorge. Das ist der ökonomische und politische Kern der Veränderungen, die in den letzten beiden Jahrzehnten stattgefunden haben.

Huber argumentiert stattdessen überwiegend auf der Ebene von Werten. Unermüdet prangert er das Versagen der Eliten an: Sie sind es, »die ihrer Verantwortung nicht nachkommen, die förmlich und anhaltend aus der Rolle fallen. Steuerflucht und -hinterziehung sowie Korruption sind meines Erachtens ebenso wie maßlose Managergehälter und Aktienoptionen, hohe Abfindungssummen und ausufernde Pensionsansprüche Symptome ein- und derselben Haltung« (41f.). »Einflussreiche Vertreter der Eliten«, so Huber, »haben in den vergangenen 20 Jahren fast alles getan, um den Staat nach allen Regeln der Kunst zu diskreditieren« (85). Merkwürdig nur, dass die Eliten allen Grund hatten, mit diesem ihrem Staat hoch zufrieden zu sein. Huber hat eine Idee vom demokratischen Staat, die damit nicht übereinstimmt. Er empört sich darüber, dass seine Idee nicht zum Zuge kommt, ohne darüber nachzudenken, dass eben dieser kapitalistische Staat im Interesse der Bourgeoisie (der Eliten) agiert – in welchem Ausmaß, darüber entscheidet das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen. Dieser Schritt der Analyse – auf staats-theoretischem Gebiet – wird jedoch von Huber ebenso wenig vollzogen, wie der Übergang von der Klage über die Verwerfungen der Krise und des Marktradikalismus zur Analyse des globalen Finanzmarktkapitalismus selbst. Deshalb kann er auch nur zwischen einem guten und einem schlechten Kapitalismus, zwischen »marktradikalem Kapitalismus« und einer »sozialen marktwirtschaftlichen Demokratie« (22) unterscheiden, in der die »guten Eliten« das Sagen haben, die sich »an den Interessen der Gesellschaft orientieren und Partikularinteressen eine klare Absage erteilen« (86). Huber zählt sich zu »denjenigen, die diese Gesellschaft zum Guten verändern« wollen (83). Dazu schwebt ihm eine Art »Wahrheitskommission« mit moralisch anständigen Unternehmern und Politikern vor, die nicht »die ›Bestrafung‹ der Verantwortlichen«, sondern die »Weiterentwicklung dieser Gesellschaft im Sinn« haben: »Am Ende dieses kollektiven Lernprozesses könnten mehr gemeinsames Wissen, mehr Orientierung, mehr Vertrauen und vielleicht auch eine andere Vorstellung stehen – vom Wirtschaften, von Wissenschaft und Politik«. Mit anderen Worten: »Es bedarf einer geistig-mora-

lischen Wende«, so hatte es Helmut Kohl Anfang der 1980er Jahre formuliert (32f.). Der »Kurswechsel« wendet sich daher eher an die potenziellen Mitglieder einer solchen »Wahrheitskommission« als an die Mitglieder der eigenen Organisation.

Hubers durchaus radikale Zeitdiagnose, die im Hinblick auf das herrschende Bewusstsein in dieser Republik zunächst einmal als außerordentlich mutig bezeichnet werden muss, verbindet sich mit der Forderung nach einem Kurswechsel in der deutschen und der europäischen Politik. Der neoaristotelische (auf das »gute Gemeinwesen« orientierende) Brain Trust des IG Metall-Vorsitzenden (Allespach u.a. 2010: 489) fasst dieses Programm wie folgt zusammen: Der »Kurswechsel muss zu einer demokratischen Gesellschaft führen, in der die Wirtschaft dem Menschen dient und soziale Bindungen respektiert. Dazu gehören ein solider öffentlicher Sektor, mehr Mitbestimmung in der Wirtschaft sowie ein verantwortlicher Umgang mit den Naturressourcen. Das alles lässt sich nicht bewirken, wenn nicht auch das vormoderne deutsche Bildungssystem auf die Höhe der Zukunftsforderungen gebracht wird. Konkret: das Prinzip Chancengleichheit muss zur Leitorientierung werden. Kurswechsel bedeutet deshalb: Gerechtigkeit, Mitbestimmung und Solidarität statt Ausgrenzung, Profitwahn und rücksichtslosem Wettbewerb auf dem Rücken von Mensch und Natur.«

Damit keine Missverständnisse aufkommen: Diese Ziele sind nicht zu kritisieren. Sie finden sich in fast allen gewerkschaftlichen Programmtexten der vergangenen Jahre und es wäre gut, wenn die Gewerkschaften (zusammen mit politischen Kräften und sozialen Bewegungen aus der Zivilgesellschaft) ihre Kraft für deren Verwirklichung bzw. für den Kampf gegen die Verletzung dieser Prinzipien und Ziele in die Waagschale werfen würden. Allerdings enttäuschen die Ausführungen zum »Kurswechsel« vor allem dann, wenn sie in Richtung einer makroökonomischen, gesellschaftspolitischen und insbesondere gewerkschaftspolitischen Perspektive zu präzisieren wären. So schreibt der IG Metall-Vorsitzende über die Notwendigkeit eines »sozialökologischen New Deals« bzw. über eine »nachhaltige Industrie- und Strukturpolitik« (77f.): »Sie ist nachhaltig, wenn sie volkswirtschaftlich effizient und weltweit wettbewerbsfähig, wenn sie gerecht und sozial ausgewogen, wenn sie ökologisch modern und demokratisch organisiert ist...« (79) Solchen Worten spenden natürlich alle Mitglieder der Wahrheitskommission begeistert Beifall.

Den zentralen Punkt der Kritik hat der Jenaer Soziologe Stephan Lessenich – der im vergangenen Jahr als Co-Autor eines äußerst bemerkenswerten Buches zum Thema »Kapitalismus-Kritik« (2009) hervorgetreten ist – in seinem Beitrag zum »Kurswechsel« formuliert. Der Ansatz einer Systemkritik, die Bereitschaft, grundsätzliche »Alternativen zum herrschenden Denken zu entwickeln«, schrumpft im »Kurswechsel« letztlich »auf den Ruf nach einem politisch (wieder stärker) regulierten Kapitalismus zusammen... Was uneingeschränkt sympathisch klingt – die Utopie einer Gesellschaftsordnung jenseits des Denk- und Handlungszwanges der Kapitallogik –, bedürfte politisch einer entschlossenen, offen antikapitalistischen Strategie. Das vorliegende Papier bleibt dahinter jedoch ebenso entschieden wie ausdrücklich zurück... Müsste ein Denken in Alternativen nicht über das Leitbild einer ›sozialen markt-

wirtschaftlichen Demokratie hinausweisen können? Müssen Kritik und Neuorientierung nicht unmittelbar an der Logik eben jenes Systems ansetzen, das »falsche Anreize setzt, nach falschen Regeln funktioniert und so zu falschem Handeln zwingt«? (151f.) Lessenich macht zudem darauf aufmerksam, dass grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, aber auch eine Neubegründung des Sozialstaates für die »Kernklientel der Gewerkschaften« schwierige und zum Teil schmerzhaftige Fragen aufwerfen – auch davon findet sich nichts im Beitrag des IG Metall-Vorsitzenden.

Bleibt die Frage, was der »Kurswechsel« für das Selbstverständnis und die Politik der Gewerkschaft – genauer der IG Metall – bedeuten soll. Doch die Gewerkschaften kommen im Text kaum vor; lediglich der letzte Abschnitt (87–89) bezieht sich auf sie. Wer allerdings hier Überlegungen zu einem Strategiewechsel (als Teil des gesellschaftspolitischen »Kurswechsels«) der IG Metall erwartet, wird enttäuscht. Der »Kurswechsel« ist, wie Steffen Lehndorff (2010: 34) mit Recht bemerkt, ein »Dialogangebot an die Eliten«. Die IG Metall – so erfahren wir bei Huber – ist »keine ökonomische »pressure-group«, sondern eine Gemeinschaft, die ihr Handeln an Normen und Werten ausrichtet« (87). »Anerkennung« und »Würde«, die z.B. über den sicheren Arbeitsplatz materiell fundiert sind, gehören zu diesen Werten. Diese »Wertegemeinschaft« muss in der Lage sein, verschiedene Rollen einzunehmen: »Gegenmacht und Gestalter, Akteur im Betrieb und Gesellschaft gleichermaßen« (88).

»Wertegemeinschaften« sind z.B. die Glaubens- und Religionsgemeinschaften; Gewerkschaften sind hingegen Organisationen, die die Interessen der lohnabhängig Arbeitenden – in der Auseinandersetzung mit den an die Kapitalverwertung und

die Profitproduktion gebundenen Interessen – vertreten. Dem »Kurswechsel« fehlt der Interessenbegriff – es gibt keinen Interessenkonflikt, keinen Interessensgegensatz.

Diese Schlussfolgerungen sind jedoch völlig unsinnig – schon vor dem Hintergrund der Kritik Hubers am marktradikalen Finanzmarktkapitalismus und seinen Folgen für die Arbeitnehmer. Dennoch entspricht diese Bestimmung der IG Metall als »Wertegemeinschaft ... kritischer Pragmatiker« vollständig jener Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse und ihrer Widersprüche, die von einem alles überlagernden moralischen Standpunkt ausgeht, der ja schon der Unterscheidung zwischen dem »guten« und dem »bösen« Kapitalismus, aber auch dem Aufruf zu einer »geistig-moralischen Wende« sowie zu einem »neuen Denken« zugrunde liegt. Kritische Pragmatiker wissen freilich nur allzu gut, dass in den Verhandlungen mit den Arbeitgebern von einer »herrschaftsfreien Kommunikation« (so das normative Denken von Jürgen Habermas) überhaupt nicht die Rede sein kann; hier treffen die Interessensgegensätze und die ungleichen Machtressourcen beider Seiten immer wieder voll aufeinander. In letzter Instanz entscheiden immer wieder die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit über die Resultate solcher Verhandlungen. Die realistische Einschätzung dieser Kräfteverhältnisse, aber vor allem Überlegungen zur Veränderung zugunsten der »Subalternen« (zu denen eben auch das so genannte »Prekarität« sowie die ausgegrenzten subproletarischen Schichten gehören), hätte daher im Zentrum einer Strategiedebatte zu stehen.

### Eckpunkte einer Strategiedebatte

Die Beiträge zur Strategiedebatte, die mit dem »Aufschlag« von Ehlscheid/Pickshaus/Urban (2010) eröffnet wurde, haben sich bislang überwiegend auf a) die Stellung der Gewerkschaften in der öffentlichen Meinung (Niedergang oder Revitalisierung?), b) auf die veränderten Handlungsbedingungen (in der Struktur des Kapitalismus/Finanzmarktkapitalismus und der Organisation der Arbeit) sowie c) auf die Neubestimmung gesellschaftspolitischer Reformziele (Tarif- und Arbeitszeitpolitik, Gesundheitsprävention, sozialstaatliche Erneuerung, Wirtschaftsdemokratie) konzentriert. Dabei vertreten die meisten AutorInnen die Auffassung, dass die gesellschaftspolitische Handlungsfähigkeit und Macht der Gewerkschaften gestärkt werden muss (»politisches Mandat«). Da mit dem Krisenmanagement der vergangenen drei Jahre auch die Rolle des Staates (nicht nur als »Retter der Banken«, sondern auch für die Sicherung von Arbeitsplätzen) wieder aufgewertet wurde, muss die Erhöhung des politischen Drucks auf die Regierungen von Seiten der Gewerkschaften (bei den so genannten »Sparpaketen«, bei der Renten- und Gesundheitspolitik) als zentrale Aufgabe begriffen werden. Das bedeutet nicht, dass das »Kerngeschäft« (Tarifpolitik, Betriebspolitik, Mitgliederwerbung) vernachlässigt wird. Im Gegenteil: Der »Krisenkorporatismus«, der der schrumpfenden Kernklientel in bestimmten Bereichen der Industrieproduktion noch Vorteile und



Karikatur: Economist

relative Sicherheit zu bieten vermag, wird letztlich die Gewerkschaften schwächen. Sie repräsentieren nämlich einen immer geringeren Teil der Lohnabhängigen. Die Instrumente

ihrer Politik greifen in weiten Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft nicht mehr, also in den »tariffreien«, »betriebsratsfreien« und sozialrechtlich nicht mehr geschützten Zonen des Prekariats und der Marginalität. Gerade in diesen (quantitativ wachsenden) Randsektoren (»Hartz IV«) nehmen Vorbehalte und Vorurteile gegenüber »der Gewerkschaft« zu. Diese erscheint vielen nur noch als Interessenvertretung einer privilegierten Minderheit der Arbeiterklasse – einer Art »Arbeiteraristokratie«, z.B. von GBR-Vorsitzenden, die vom Management anerkannt und wohl dotiert werden.

Solche pauschalen Vorurteile werden gewiss der harten Arbeit der Interessenvertretung vor Ort und an der Basis nicht gerecht – oftmals sind die KollegInnen, die diese harte Arbeit leisten, aber relativ schutzlos solchen negativen Vorurteilen ausgesetzt. Die Förderung von Vorurteilen, Differenzen, sogar Interessenskollisionen zwischen den verschiedenen Fraktionen der Arbeiterklasse und der Subalternen gehört zum klassischen Repertoire (»divide et impera«) der Herrschenden. Gewerkschaftliche Erneuerung als Leitmotiv einer Strategiedebatte wäre darauf anzulegen, fragmentierte Erfahrung im Kapitalismus der Gegenwart neu zusammen zu denken und dabei in die *Praxis* der Interessenvertretung zu integrieren. Das ist zunächst einmal nichts Neues; denn gewerkschaftliche Interessenvertretung war schon immer mit der Herausforderung konfrontiert, eine Vielzahl von unterschiedlichen sozialen Erfahrungen, Bildungsständen, Interessen zu bündeln und dabei jeweils eine Kohärenz zwischen Partialinteressen und allgemeinen Interessen zu wahren. Diese Kohärenz muss aber jeweils historisch neu bestimmt und erarbeitet werden. Drei Felder sind dabei in der Gegenwart besonders wichtig:

■ Je enger die Grenzen für tarifpolitische Erfolge gezogen werden, umso wichtiger werden Regierungsentscheidungen, in denen im Interesse der Kapitalverwertung und der vermögenden Klassenfraktionen Sparprogramme und »Reformen« der sozialen Sicherungssysteme durchgesetzt werden. Mit Recht ist – mit Blick auf die Rente mit 67 und die Entwicklungen im Gesundheitssystem – schon von »sekundärer Ausbeutung« gesprochen worden; denn die Reproduktion der Arbeitskraft wird längst nicht mehr allein über den Lohn und die Arbeitszeit, sondern auch durch die Qualität sozialer Sicherungen, durch das Bildungssystem, die Kulturpolitik, das Verkehrswesen und den Wohnungsbau bestimmt. Die Auseinandersetzungen auf der kommunalen Ebene um die Privatisierung öffentlichen Eigentums verdeutlichen diesen Zusammenhang. Die Diskussion über den politischen Streik hat vor allem angesichts der Verschränkung der ökonomischen und politischen Determinanten der Reproduktion des Arbeitsvermögens der Lohnabhängigen ihre Bedeutung. »Sozialpolitik« in diesem erweiterten Sinne gehört mehr denn je zum *Kerngeschäft* auch von Einzelgewerkschaften – allerdings muss gerade hier die Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften verbessert werden, was

natürlich auch eine Aufwertung des DGB bedeuten würde.

- Das Schrumpfen des »Normalarbeitsverhältnisses« und die Zunahme prekärer Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse bilden einen sich wechselseitig bedingenden Prozess. Die Schwerpunkte der Prekarisierung liegen in den unteren Segmenten des Dienstleistungssektors, aber auch in der industriellen Produktion nehmen Leiharbeit und befristete Arbeitsverhältnisse zu. Die angeblich positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nach der Krise 2008/09 ist Folge einer wachsenden Spaltung durch die Zunahme des Niedriglohnssektors mit kürzeren Arbeitszeiten, nicht die Folge eines größeren Beschäftigungsvolumens. Angesichts der Kurzarbeit, der prekären und Teilzeitarbeitsverhältnisse ist die Rede von einem Jobwunder unverantwortlich« (Sondermemo, August 2010, S. 4). Die tarifpolitische Absicherung und Gleichstellung der Leiharbeit ist eine Antwort auf diese Entwicklung; die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn, aber auch der Einsatz für eine Grundsicherung unterstreicht einmal mehr die Bedeutung politischer Regulation, auf die Gewerkschaften Einfluss nehmen müssen. Gleichzeitig ist in diesem Bereich die Europapolitik der Gewerkschaften herausgefordert; denn im erweiterten Binnenmarkt wird die Mobilität der Arbeitskräfte aus Regionen mit höchst unterschiedlichen Entwicklungs- und Produktivitätsniveaus den Druck auf die Beschäftigten in den »reichen« Regionen erhöhen und den Niedriglohnsektor weiter anwachsen lassen. Die Auseinandersetzungen um die »Entsenderichtlinie«, aber auch die Kampagnen gegen die »Bolkestein-Richtlinie« und den Lissabon-Vertrag haben neue Perspektiven für die Verbindung verschiedener Politikebenen eröffnet. Auch die Unterstützung des Weltsozialforums durch viele Gewerkschafter hat im vergangenen Jahrzehnt das Wissen über neue Formen eines »Internationalismus von unten« verbessert (Bieler 2008).
- Die innere Kohärenz gewerkschaftlicher Politik besteht stets in einer Spannung zwischen der Tagespolitik und den Grundsatzforderungen, wie sie in Programmen oder Beschlüssen von Gewerkschaftstagen festgehalten werden. Ein auf der Höhe der Zeit befindliches Programm kann sich allerdings nicht in der Rückkehr zum »guten Kapitalismus« erschöpfen, der auf Vollbeschäftigung, einen breiten öffentlichen Sektor und kollektive soziale Sicherungen ausgerichtet ist. Die gewaltigen sozialen Widersprüche in der Welt, die Ökologie- und Klimakrise verlangen nicht nur nach Umverteilung des Reichtums, sondern auch Eingriffe in die Lebensweise (Energieverbrauch/Mobilität), in das Funktionieren der Marktmechanismen (z.B. Kontrolle der Finanz- und Währungsmärkte, Vergesellschaftung der Banken), einen breiten öffentlichen, demokratisch kontrollierten Sektor, radikale Arbeitszeitverkürzung, soziale Grundsicherungen und neue Formen der Demokratie durch Selbstverwaltung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Solche Perspektiven bündeln sich schon heute in der Debatte um ein neues Programm der Wirtschaftsdemokratie, das stets Perspektiven jenseits des Kapitalismus beinhaltet. Gerade die Kritik an der »Postdemokratie«, am »autoritären Kapitalismus« (Deppe u.a. 2008) entsteht ja nicht im Wolken-

kuckucksheim, sondern aus der konkreten Auseinandersetzung mit der herrschenden Politik und Ideologie sowie mit den Ohnmachtserfahrungen der KollegInnen in den Betrieben. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit hätte dort eine Aufgabe, wo es um solchen Vermittlungen geht und darum, die Erfahrungen aus der Tagesarbeit mit dem Wissen um die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse sowie um die Möglichkeiten ihrer Veränderung zu verbinden. An vielen Orten bilden sich heute Lesekreise oder Bildungsinitiativen, die z.B. Texte zur Analyse der globalen Finanzkrise bzw. zu den möglichen Alternativen und realen Utopien (im Bereich der Klima- und Umweltpolitik, der Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, der internationalen Politik) diskutieren.

- Schließlich sollte sich die Strategiedebatte auch darüber verständigen können, dass vor allem die beiden größten DGB-Gewerkschaften gegenwärtig mit sehr unterschiedlichen Handlungsbedingungen konfrontiert sind. Die IG Metall ist nach wie vor klassische Industriegewerkschaft mit ihrem Kern der metallverarbeitenden (Automobil- und Elektro-Industrie). Ver.di hingegen operiert in einem hoch verzweigten und fragmentierten Dienstleistungssektor – mit dem alten öffentlichen Dienst, aber auch mit dem Bank- und Finanzsektor und den Bereichen Handel und persönliche Dienstleistungen, in denen sich atypische und prekäre Beschäftigungsverhältnisse konzentrieren, der Anteil von MigrantInnen besonders hoch ist und in dem gewerkschaftliche Interessenvertretung völlig neu aufgebaut werden muss. Im Unterschied zur relativ klar geregelten Interessenvertretung in den alten Industriebereichen ist dabei immer wieder neues Denken, Phantasie, Mut, Kampfbereitschaft (auch von Minderheiten) gefordert. So entstehen unterschiedliche Politikerfahrungen, aber auch unterschiedliche Kulturen in Gewerkschaften, die dann oftmals das Verständnis zwischen ihnen erschweren. Die einen gelten als »konservativ«; die wiederum werfen den anderen ihre Schwäche und ihre Niederlagen vor.

Viel wichtiger als solche Vorurteile sind die Konsequenzen, die sich aus der gespaltenen Konjunktur in Deutschland ergeben. Das Problem ist angesichts der Exportorientierung der deutschen Verarbeitenden Industrie nicht neu, hat sich aber in der Folge der Krise seit 2008, aber auch der Spaltung der Weltkonjunktur (der gestiegenen Nachfrage aus Ostasien, insbesondere der VR China) enorm zugespitzt. Mit anderen Worten: Die Exportindustrien boomen und ermöglichen so der IG Metall eine Tarifpolitik, die zumindest im Vergleich zu den für die Binnennachfrage relevanten Sektoren günstigere Ergebnisse zu erreichen vermag. Ver.di hingegen wird mit den Widersprüchen der neoliberalen Politik, der »Entstaatlichung« (Bofinger), der Sparhaushalte, der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes usw. sehr viel direkter getroffen – daher sind die Margen für die Lohnentwicklung sehr viel enger gesteckt. Und es liegt auf der Hand, dass gerade in diesen Feldern die politischen Forderungen – von der Mindestlohnregelung über die »Entsenderichtlinie« bis zum Grundeinkommen aber auch bis zur Forderung nach der Durchsetzung des politischen Streiks – sehr viel mehr aus der realen Erfahrung der Schwächung der

traditionellen Instrumente der gewerkschaftlichen Interessenvertretung hervorgehen. Wenn daher gelegentlich behauptet wird, dass die IG Metall nach wie vor eine typische »fordistische« Massengewerkschaft (der Vergangenheit) sei, während ver.di wohl eher dem Profil einer postfordistischen Gewerkschaft (der Zukunft) entspreche, so sollte dies nicht zur Konstruktion von wechselseitigen Feindbildern führen, sondern die bewussten Kräfte in allen Gewerkschaften in einer Debatte zusammenführen, in der die Ursachen dieser Differenzierungsprozesse und zugleich die Perspektiven gemeinsamen Handelns – z.B. in der Auseinandersetzung um die Sparpolitik, oder in der Verteidigung der »sozialen Dimension« der europäischen Integration gegen die neuere Rechtsprechung des EuGH – in den Mittelpunkt gerückt werden. Auf diese Weise ist eine Strategiedebatte sehr sinnvoll!

## Literatur

- Abelshausen, W. (2009), Hans Matthöfer. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer, Bonn.
- Allespach, M./Donath, P./Guggemos, M. (2010), Aktiv aus der Krise, in: WSI-Mitteilungen, 9/2010, S. 486-489.
- Albo, G./Gindin, S./Panitch, L. (2010), In and out of Crisis. The Global Financial Meltdown and Left Alternatives, Oakland.
- Becker, J./Jentsch, H. (2007), Otto Brenner. Eine Biographie, Göttingen.
- Bieler, A. u.a. (Hrsg.), Labour and the Challenges of Globalization, London 2008.
- Bremme, P. u.a. (Hrsg.) (2007), Never Work Alone. Organizing – ein Zukunftsmodell für Gewerkschaften, Hamburg.
- Brinkmann, U. u.a. (2008), Strategic Unionism. Aus der Krise zur Erneuerung? Wiesbaden.
- Brinkmann, U./Nachtwey, O. (2010), Krise und strategische Neuorientierung der Gewerkschaften, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 13-14/2010, S. 21-29.
- Deppe, F. (2010), Politisches Denken im Übergang ins 21. Jahrhundert. Politisches Denken im 20. Jahrhundert, Band 4, Hamburg.
- Deppe, F./Schmitthenner, H./Urban, H.-J. (2008), Notstand der Demokratie. Auf dem Weg zu einem autoritären Kapitalismus? Hamburg.
- Deppe, F./Fülberth, G./Harrer, J. (Hrsg.) (1989), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, 4. Aufl. Köln.
- Dörre, K./Lessenich, S./Rosa, H. (2009), Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte, Frankfurt/Main.
- Ehlscheid, C./Pickshaus, K./Urban, H.-J. (2010), Die große Krise und die Chancen der Gewerkschaften, in: Sozialismus, Heft 6, S. 43-49.
- Fehrman, E. (2009), Death of a Clown. Vom langen Sterben der Einheitsgewerkschaft DGB, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Heft 6.
- Hälker, J./Vellay, C. (Hrsg.) (2006), Union Renewal – Gewerkschaften in Veränderung, Düsseldorf.
- Harvey, D. (2010), The Enigma of Capital and the Crisis of Capitalism, London.
- Huber, B. (2010), Kurswechsel für Deutschland. Die Lehren aus der Krise, Frankfurt/New York.
- Lehndorff, S. (2010), Renaissance der Arbeitszeitverkürzung? In: Sozialismus, Heft 9, S. 33-39.
- Müller, S. (2010), Gewerkschafter, Sozialist und Bildungsarbeiter. Heinz Dürrbeck 1912-2001, Essen.
- Pink, K./Bode, T. (2010), Die Finanzkrise als Demokratiekrise, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6, S. 445-55.
- Urban, H.-J. (2010), Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaftsmacht im Finanzmarkt-Kapitalismus: Der Fall Deutschland, in: WSI-Mitteilungen, Heft 9, S. 443-450.